

Kampf gegen «Mogelpackung» bei Kinderabzügen

Liberales Unterstützung für linkes Referendum

🕒 17.09.2020, 10:40 Uhr

Ein liberales Komitee setzt sich gegen die Erhöhung der Kinderabzüge ein. Die Gesetzesänderung schiesse klar am Ziel vorbei und sei kein Deut so familienfreundlich, wie sie vorgebe.

 **Noa Dibbasey**

Tobias Vögeli wehrt sich gegen die «Mogelpackung».

Dass die SP und die Grünen am selben Hebel ziehen, wenn es ums Geld geht, ist nicht verwunderlich. Seit Dienstag gesellen sich nun aber auch finanzpolitisch anders tickende Liberale zu ihnen. Seite an Seite kämpfen sie gegen die Erhöhung der Kinderabzüge, die am 27. September an die Urne kommt. Eine seltene Kombination.

Worum geht es? Ursprünglich wollte der Bundesrat, dass Familien mit hohen Kita-Kosten diese Ausgaben von den Steuern abziehen können. Der maximale Abzug für externe Kinderbetreuung sollte von 10'100 Franken auf 25'000 Franken erhöht werden.

Diese Idee hätten FDP sowie auch GLP gerne unterstützt. Denn sie führt zwar zu Einnahmeausfällen von zehn Millionen Franken in der Staatskasse, würde aber auch dazu führen, dass sich mehr Mütter wieder in den Arbeitsmarkt wagen – weil ihnen mehr vom Lohn bleibt.

Nicht alle sind gewillt, den hohen Preis des Vorstosses zu zahlen

Die anfängliche Idee der Gesetzesänderung versandete jedoch schnell, nachdem CVP-Nationalrat Philipp Kutter (44) einen weiteren Steuerboni-Vorschlag oben draufsetzte, um auch Familien zu entlasten, die ihre Kinder selber betreuen. So beschloss das Parlament kurzerhand, den allgemeinen Kinderabzug von 6500 Franken auf 10'000 Franken anzuheben. Das würde den Staat im Gegensatz zum Vorschlag des Bundesrates jährlich 370 Millionen Franken kosten.

Für die SP und die Grünen war sofort klar, dass diese Vorlage nicht tragbar sei. Erstens käme diese Steuererleichterung nämlich vor allem Besserverdienern zugute. Zweitens stelle sie progressiven Familienmodellen ein zünftiges Bein. Deswegen ergriff die SP das Referendum.

«Der CVP-Vorschlag kann aus liberaler Sicht nur abgelehnt werden»

Nun geniessen die Linken in ihrem Kampf offiziell die Gesellschaft des liberalen Komitees gegen die «Mogelpackung Kinderabzüge». Co-Präsident Tobias Vögeli (24, JGLP) stellte klar, dass die Gesetzesänderung aus liberaler Sicht absolut keinen Sinn ergebe. Er betrachtet die Vorlage als «sinnlose Klientelpolitik» des Parlaments. Unter dem Deckmäntelchen der Familienpolitik «haben konservative Kräfte aus der guten bundesrätlichen Vorlage ein Selbstbedienungspaket gemacht».

Liberales wollen Individualbesteuerung

Man sei nicht bereit, eine «Mogelpackung» zu unterstützen, die keine oder sogar negative Auswirkungen mit sich bringe und nur koste. In Zeiten von Corona sein das nicht sinnvoll. «Wir möchten keine Steuergeschenke mit der Giesskanne verteilen», so Co-Präsidentin des Komitees und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy (41). Man erreiche mit so einer Vorlage ausschliesslich, dass weiterhin keine Anreize für arbeitstätige Elternteile geschaffen werden. Dabei sei es ja eigentlich wichtig, das Arbeitskräftepotenzial der Schweiz weiter auszuschöpfen.

Liberales Frauen probieren schon lange, Anreize für arbeitstätige Frauen zu schaffen. Das werde damit nicht erreicht, so FDP-Nationalrätin Christa Markwalder (45). «Die Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs auf 10'000 Franken ist eigentlich die Einführung der SVP-Familieninitiative durch die Hintertür.» Diese forderte ebenfalls eine steuerliche Entlastung für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen – und wurde Ende 2013 deutlich abgelehnt.

Der Kampf gegen die Mogelpackung hat aus liberaler Sicht noch einen anderen Grund: Denn liberale Kräfte wollen eigentlich die Einführung der Individualbesteuerung. Und dieser würde bei Annahme der höheren Kinderabzüge weitere Steine in den Weg gelegt. Die Annahme der Gesetzesänderung würde dem langersehnten Steuertraum der beiden Parteien Steine in den Weg legen.

Alle Abstimmungen auf einen Blick

Die Schweiz stimmt wieder ab: Erklärungen zu allen Initiativen, aktuelle News und prominente Stimmen zum Thema finden Sie hier.

🕒 Publiziert: 04.08.2020, 17:33 Uhr 🔄 Zuletzt aktualisiert: 17.09.2020, 10:40 Uhr



Alle Kommentare

| [Einloggen und einen Kommentar schreiben...](#)

Alfred Haslinger

05.08.2020, 14:20 Uhr

Familienhaushalt: keine Steuern (weder Bundes- noch Kantons- und Gemeindesteuern) bis CHF 100,000 / Einzelhaushalt: CHF 50,000. Dafür Abschaffung Kinderzulage und Krankenkassenprämienverbilligung! Bundes- und Kantonsadmin zurückfahren.



Melden

Antworten



Stefan Bucher

05.08.2020, 15:18 Uhr

Wieso sollen kleinere Einkommen keine Steuern zahlen? Der Mittelstand bezahlt sonst schon alles. Mit Ihrem Vorschlag gibt es bald keinen Mittelstand mehr. Die Administration kann definitiv um die Hälfte gekürzt werden.



Melden

Antworten



| [Einloggen und eine Antwort schreiben...](#)

Tina Baumann

05.08.2020, 08:52 Uhr

Tatsache ist doch, dass nur Besserverdienende davon profitieren würden, denn wer bezahlt denn schon so viel Bundessteuern...



Melden

Antworten

Heini Muster

05.08.2020, 08:18 Uhr

fakt ist doch: will jemand kinder, soll er die haben, aber auch für dessen kosten aufkommen, und sich nicht von fremdgelder unterstützen lassen, denn die ist reiner egoismus...immer mehr leute, und immer mehr zurückschlagen der natur geht irgendwann nicht mehr auf...sorry, aber so verhält sich doch die ganze problematik.



Melden

Antworten

Othmar Kamm

05.08.2020, 07:09 Uhr

Es geht laufend nur noch um Familien, Elternurlaub und Kinder. Weshalb spricht man nicht einmal von den Alleinstehenden und den Rentnern die das alles bezahlen müssen? Zudem frage ich mich, ob eine solche Steuervergünstigung egal welcher Art überhaupt notwendig ist wenn es nun laufend Entlassungen gibt, also die Jobs rar werden und im Gegenzug Leute importiert werden, gerade Leute aus den Ländern wo viele Kinder erzeugt werden. Das ganze Theater wird und noch einmal das Genick brechen.

 33  3  0  0  0

Melden

Antworten

Pet Weber

04.08.2020, 21:23 Uhr

Die Schweizer Zukunft braucht Kinder. Familien zu unterstützen ist richtig und zukunftsgerichtet - auch einmal für den Mittelstand.

 4  44  0  0  0

Melden

Antworten



Markus Zimmermann

05.08.2020, 13:44 Uhr

Streng genommen brauchen wir Arbeitskräfte, nicht Kinder. Und wie bei allem anderen kann auch deren Produktion ausgelagert werden. Ist nur ein Gedanke, keine Meinung.

 11  1  0  0  0

Melden

Antworten



| [Einloggen und eine Antwort schreiben...](#)

Weitere Kommentare anzeigen